



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Präsidenten des Landtags  
Nordrhein-Westfalen  
Herrn André Kuper MdL  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

2. April 2019  
Seite 1 von 5

Telefon 0211 871-2431  
Telefax 0211 871-

**Kleine Anfrage 2134 der Abgeordneten Sarah Philipp und Carsten Löcker der Fraktion der SPD „NRWs Straßen werden gefährlicher. Was tut die Landesregierung gegen die gestiegene Anzahl an Verkehrsunfällen?“, LT-Drs. 17/5347**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

namens der Landesregierung beantworte ich die Kleine Anfrage 2134, im Einvernehmen mit dem Minister für Verkehr, wie folgt:

**Frage 1      Wie erklärt die Landesregierung die gestiegene Zahl an Verkehrsunfällen, Verkehrstoten und Schwerverletzten?**

Der Anstieg der Zahl der Verkehrsunfälle in Nordrhein-Westfalen ist kein ausschließliches Phänomen der Entwicklung vom Jahr 2017 (650.275) auf das Jahr 2018 (661.066). Die langfristige Entwicklung ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

Verkehrsunfälle NRW (Gesamt)				
Jahr 2014	Jahr 2015	Jahr 2016	Jahr 2017	Jahr 2018
581.911	614.827	640.027	650.275	661.066

Dienstgebäude:  
Friedrichstr. 62-80  
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:  
Fürstenwall 129  
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01  
Telefax 0211 871-3355  
poststelle@im.nrw.de  
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:  
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,  
836, U71, U72, U73, U83  
Haltestelle: Kirchplatz



Dagegen sank die Zahl der Getöteten von 524 im Jahr 2016, über 484 im Jahr 2017, auf nunmehr 490. Die Anzahl der Getöteten in den Jahren 2014 und 2015 betrug jeweils 522.

Getötete bei Verkehrsunfällen NRW (Gesamt)				
Jahr 2014	Jahr 2015	Jahr 2016	Jahr 2017	Jahr 2018
522	522	524	484	490

#### Schwerverletzte

Schwerverletzte bei Verkehrsunfällen NRW (Gesamt)				
Jahr 2014	Jahr 2015	Jahr 2016	Jahr 2017	Jahr 2018
13.521	13.175	13.574	13.345	13.997

Parallel zur Steigerung der Verunglückten bei Verkehrsunfällen haben sich die Kfz- und PKW-Zulassungen und damit die Fahrzeugdichte in Nordrhein-Westfalen entwickelt.<sup>1</sup>

Kraftfahrzeug und PKW-Dichte am 1. Januar				
Darstellung Jahr / Kfz-Dichte / PKW-Dichte je 1.000 Einwohner				
Jahr 2014	Jahr 2015	Jahr 2016	Jahr 2017	Jahr 2018
625	633	641	646	655
532	539	545	549	556

Individuelle Fahrfehler führen bei einer höheren Fahrzeugdichte zu potentiell mehr Verkehrsunfällen.

**Frage 2 Was tut die Landesregierung gegen die gestiegene Zahl von Verkehrsunfällen, Verkehrstoten und Schwerverletzten?**

<sup>1</sup> Quelle: Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW)



Im Sommer 2018 ist die 2. Auflage des Verkehrssicherheitsprogramms Nordrhein-Westfalen 2020 (VSP) erschienen. Das VSP setzt Ziele und gibt neue Impulse, um die Zahl der bei Verkehrsunfällen Getöteten und Schwerverletzten zu reduzieren. Es setzt dabei insbesondere auf vernetzte Strukturen und qualitative Verkehrssicherheitsarbeit in Nordrhein-Westfalen. Das Programm hat eine Laufzeit bis zum Jahr 2020.

Das Verkehrsministerium fördert und unterstützt die drei Netzwerke Landesverkehrswacht Nordrhein-Westfalen e.V., Zukunftsnetz Mobilität Nordrhein-Westfalen und Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Kreise und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen (AGFS), die sich u. a. der Verkehrssicherheit mit verschiedenen Maßnahmen widmen. Beispielsweise wurde im letzten Jahr von den drei Netzwerken die Verkehrssicherheitskampagne „Liebe braucht Abstand“ in verschiedenen Pilotstädten durchgeführt, die sich der zweithäufigsten Unfallursache - zu geringer Abstand - widmet und zu gegenseitiger Rücksicht der unterschiedlichen Verkehrsteilnehmenden (Fuß zu Rad, Rad zu Auto usw.) auffordert. Die Kampagne wird in diesem Jahr fortgesetzt.

Darüber hinaus werden Fahrrad- und auch Pedelec-Schulungen von den örtlichen Verkehrswachten und ihren rund 50 ausgebildeten Moderatoren angeboten. Die Moderatoren der Verkehrswachten sind in einem Programm „Fit mit dem Fahrrad“ geschult.

Die Polizei Nordrhein-Westfalen bezieht in die Verkehrssicherheitsarbeit auch die vielfältigen Einflüsse wie den demografischen Wandel, die zunehmende Mobilität, die Veränderung von Werten und die Digitalisierung (insbesondere digitale Konnektivität) mit ein.

Entsprechend hat sie sich in ihrer neuen Fachstrategie Verkehr (Erlass des Ministerium des Innern vom 14.11.2018 – 414 – 59.03.02 –) danach



ausgerichtet. Sie verbindet damit das Ziel, durch ihre Arbeit eine größtmögliche Sicherheit für die Menschen im Straßenverkehr zu erzielen.

Die Fachstrategie thematisiert auch das Vorgehen im gleichermaßen präventiven wie repressiven Umgang mit Ablenkung beim Fahren, zum Beispiel durch Handynutzung. Diese Ablenkung beeinträchtigt nicht nur die Aufmerksamkeit des jeweils nutzenden Fahrzeugführers, vielmehr auch die der schwächeren Verkehrsteilnehmenden, zu denen neben Fußgängern auch Zweiradfahrer allgemein zählen. Im Jahr 2018 wurden 166.893 Verstöße im Zusammenhang mit Benutzung elektronischer Geräte festgestellt. 24.750 davon durch Fahrradfahrende.

Die Polizei Nordrhein-Westfalen bekämpft durch Aufklärung und Kontrollen das unfallträchtige Verhalten aller Verkehrsteilnehmenden von und gegenüber Radfahrenden bzw. Pedelec-fahrenden. Ein landesweiter Schwerpunkteinsatz unterstreicht die Arbeit in allen Polizeibehörden und verdeutlicht öffentlichkeitswirksam die Maßnahmen der Polizei Nordrhein-Westfalen zur Bekämpfung des Phänomens. Der Aktionstag wird am Europäischen Tag des Fahrrads (03.06.2019) stattfinden.

Als ein Problemfeld erkannt sind Unfallgeschehen zwischen den Verkehrsbeteiligungsarten LKW und Fahrrad. In 16 Fällen, bei denen Fahrradfahrende zu Tode kamen, handelte es sich um Kollisionen mit LKW.

In den 11 Fällen, in denen LKW-Fahrende Verursacher waren, handelte es sich um Rechtsabbiegerunfälle zum Nachteil von Radfahrenden.

Die Landesregierung hat sich auf Bundesebene dafür eingesetzt, dass die Vorgaben für Notbrems- und Abbiegeassistenten europaweit dahingehend verschärft werden, dass diese dauerhaft in Betrieb sein müssen und keine Abschaltvorrichtung vorgesehen wird.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 06.07.2018 die Bundesregierung aufgefordert, bei der Europäischen Union darauf hinzuwirken, dass die im Verordnungsvorschlag enthaltenen Vorgaben zur Abschaltbarkeit



von Notbrems- und Abbiegeassistenzsystemen so umgestaltet werden, dass die Abschaltbarkeit nicht möglich ist.

Der zuständige Ausschuss im Europäischen Parlament hat sich gegen das Votum des Bundesrates gestellt.

**Frage 3** Wie möchte die Landesregierung die besonders gefährdete Gruppe der Radfahrerinnen und Radfahrer schützen?

Über die in der Beantwortung zur Frage 2 genannten Maßnahmen hinaus schützt die Landesregierung die Gruppe der Radfahrenden in erster Linie durch die Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur. Dazu wurden im Jahr 2018 36 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Das waren 7 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Für 2019 werden noch einmal 3 Millionen Euro zusätzlich für die Radverkehrsinfrastruktur investiert.

Im Übrigen wird auf die Antwort zur Frage 2 verwiesen.

**Frage 4** Wie möchte die Landesregierung langfristig die Verkehrssicherheit aller Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens gewährleisten?

Auf die Ausführungen zu den Fragen 2 und 3 wird verwiesen.

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Reul